Beschlussvorlage	Vorlage-Nr:	VO/2023/1713		
	Öffentlichkeitsstatus:	öffentlich		
Hinausschieben des Eintritts in den Ruhestand eines Wahlbeamten				
Beratungsfolge:				
Gremium	Datum	Sitzungsart	Zuständigkeit	TOP-Nr.
Verwaltungsausschuss	07.03.2023	N	Vorberatung	
Rat der Stadt Osnabrück	07.03.2023	Ö	Entscheidung	

Beschluss:

1. Auf Antrag des Stadtbaurats Herrn Frank Otte wird sein Eintritt in den Ruhestand nach § 35 Absatz 1 NBG um ein Jahr hinausgeschoben und er tritt mit Ablauf des 30.06.2024 in den Ruhestand.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Ausschreibung zur Nachbesetzung der Stelle des Stadtbaurates vorzubereiten und dem Rat zur Entscheidung vorzulegen.

A. Finanzielle Auswirkungen:

Ja Personalkosten sind im Budget eingeplant

B. Personelle Auswirkungen:

Im Stellenplan vorhanden

C. Integrations- /Gleichstellungspolitische Auswirkungen: keine

D. Auswirkungen auf den Klimaschutz (CO₂-Ausstoß/Energieverbrauch):

- positiv
 negativ
 keine

E. Auswirkungen auf Arbeitsplätze und den Wirtschaftsstandort Osnabrück:

- positiv
 negativ
 keine

F. Ggf. Alternativen zum Beschlussvorschlag: keine

G. Beteiligte Stellen: Fachbereich Recht und Datenschutz

Der Inhalt der Vorlage unterstützt folgende/s zentrale/s Handlungsfeld/er:

nicht zutreffend

Sachverhalt:

Gemäß § 6 BeamtStG gelten für die Rechtsverhältnisse der Wahlbeamten als Beamte auf Zeit die Vorschriften für Beamte auf Lebenszeit entsprechend (soweit durch Landesrecht nichts anderes bestimmt ist). Beamte treten mit Ablauf des Monats in den Ruhestand, in dem sie die Altersgrenze erreichen, § 35 Absatz 1 Niedersächsisches Beamtengesetz (NBG) in Verbindung mit § 25 BeamtStG. Herr Otte tritt danach mit Ablauf des 30.06.2023 in den Ruhestand ein.

Der Eintritt in den Ruhestand ist auf Antrag des Beamten nach § 36 Absatz 1 Satz 1 NBG um bis zu einem Jahr hinauszuschieben, wenn dienstliche Interessen nicht entgegenstehen.

Der Stadtbaurat Herr Frank Otte wurde am 22.09.2020 vom Rat der Stadt Osnabrück für die Dauer von 8 Jahren zum Stadtrat (Leitung des Vorstandsbereichs für Bauen und Umwelt) gewählt. Die Wahlzeit beträgt auch dann 8 Jahre, wenn der Wahlbeamte – wie in diesem Fall Herr Otte – vor dem Ablauf der 8 Jahre wegen Erreichens der Altersgrenze in den Ruhestand tritt.

Er hat im Dezember 2022 einen Antrag auf Hinausschieben seines Ruhestandes bis zum 30.06.2024 gestellt. Da diesem Hinausschieben seines Ruhestandes keine dienstlichen Interessen im Sinne des § 36 Absatz 1 Satz 1 NBG entgegenstehen, hat Herr Otte einen Anspruch auf Hinausschieben seines Ruhestandes. Er tritt dann mit Ablauf des 30.06.2024 in den Ruhestand.

Mit dem Eintritt in den Ruhestand von Herrn Frank Otte ist die Stelle des Stadtbaurates neu zu besetzen. Nach § 109 Abs. 1 Satz 3 Niedersächsische Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) ist die Stelle öffentliche auszuschreiben. Dabei darf die Wahl der Beamtin oder des Beamten auf Zeit nicht früher als ein Jahr vor Ablauf der Amtszeit der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers stattfinden, vgl. § 109 Abs. 1 Satz 2 NKomVG.

Die Verwaltung wird dem Rat der Stadt Osnabrück daher so frühzeitig den Text einer Stellenausschreibung zur Beschlussfassung vorlegen, dass eine unter Umständen erneut erforderlich werdende Stellenausschreibung - bei beispielsweise mangelnder Bewerberauswahl - zu keiner Verzögerung der Nachbesetzung führt.

gez.

Klesse